

# Keine Geschichtsverklärung

Nach einer heftigen Debatte hat die Landtagsmehrheit am 25. April beschlossen, das Abgeordnetenüberprüfungsgesetz bis 2019 zu verlängern. CDU-Redner meinten, dass das Interesse der Bevölkerung an der Überprüfung der Abgeordneten auf eine Stasi-Zusammenarbeit nach wie vor groß sei. Die Linksfraktion, für die Knut Korschewsky das Wort ergriff, kritisierte diese Art der anhaltenden Überprüfung, noch dazu dürften nicht Abgeordnete über andere Abgeordnete urteilen.

Auch die Grünen setzten sich kritisch mit dem Vorgehen der CDU-SPD-Regierungskoalition sowie den FDP-Ausführungen auseinander. Im Folgenden Auszüge aus der zweiten Rede von Knut Korschewsky, in der er auf Reden und Zwischenrufe von Werner Pidde (SPD) Dirk Bergner (FDP) und Dirk Adams (Grüne) einging:

Zu einigen Dingen möchte ich noch mal etwas sagen: An allererster Stelle – ich habe es zu Beginn gesagt, ich habe es auch in meiner ersten Rede gesagt –, auch wir sagen, es muss eine weitere Aufarbeitung der Geschichte

geben. Wir wollen keine Geschichtsverklärung, wir wollen eine weitere Offenlegung von Biografien. Ich kann Ihnen nur sagen, hätten Sie zugestimmt, dass wir im Ausschuss darüber reden können, dann wären wir diejenigen gewesen, die sicherlich auch auf Argumente eingegangen wären und wir hätten über diese Argumente diskutieren können. Aber Sie von der Koalition und von der FDP waren es, die verhindert haben, dass man überhaupt darüber reden kann.

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt hier so zu tun, als wären DIE LINKE und die GRÜNEN Verhinderer, das halte ich schon für verwerflich an dieser Stelle.

(Zwischenruf Bodo Ramelow, DIE LINKE: Scheinheilig.)

Scheinheilig. Ich will auch noch eins sagen und auch das noch mal zum Klarstellen. Herr Pidde, Sie werfen uns vor, dass wir keine Schlussfolgerungen ziehen. Ich glaube, Sie haben an dieser Stelle vorhin nicht richtig zugehört. Ich habe vorhin Prof. Michael Schuhmann zitiert, 1989 am 16. Dezember, der

sich entschuldigt hat für Verbrechen, die geschehen sind, und Schlussfolgerungen daraus gezogen hat. Wir sind es als Partei PDS zum damaligen Zeitpunkt gewesen, die schon 1991 auf einem Bundesparteitag und auf Landesparteitagen klare Beschlüsse zur Offenlegung der politischen Biografie gefällt haben. Ich kenne solche Beschlüsse von anderen Parteien nicht und ich glaube, andere Parteien hätten dazu durchaus auch Grund, diese Beschlüsse an dieser Stelle zu fassen.

Ich will auch ganz deutlich sagen, Herr Bergner, wenn Sie mir unterstellen, ich hätte von „Aufarbeitung darf nicht in billige Abrechnung abgleiten“ gesprochen, auch da hätten Sie vielleicht mal zuhören müssen.

(Zwischenruf Dirk Bergner, FDP: Ich habe sehr gut zugehört.)

Sie haben eben nicht zugehört. Auch das ist eine Aussage von Ministerpräsident Platzeck, der sagte: „Aber Aufarbeitung darf nicht in billige Abrechnung abgleiten“, wie wir es jetzt teilweise erleben. Es ist nicht meine Aussage. Zuhören bildet, das wäre manchmal besser als nur reinzuquatschen an der Stelle.

Ich will an der Stelle auch sagen: Wenn wir die Diskussion über SED und Blockparteien führen und ich dann hier einen Tumult höre, wenn Herr Adams sagt, dass die Blockparteien doch auch einen entsprechenden Anteil an den Geschehnissen der DDR haben, dann zitiere ich aus der Satzung der CDU aus dem Jahr 1982: „Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Die unverrückbaren Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns der christlichen Demokraten sind Treue zum Sozialismus,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft und Freundschaft zur Sowjetunion.“ Dazu ist, glaube ich, nichts weiter zu sagen

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Kita-Studie: „Dranbleiben!“

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Einschätzung des Kita-Gesetzes bei Erzieherinnen zeigt, es hat sich vieles zum Besseren entwickelt, aber Handlungsbedarf bleibt. „In der Gesetzesarbeit im Trägerkreis des Volksbegehrens ist es gelungen, den Personalschlüssel für kleine Kinder unter drei Jahren zu verbessern“, stellte Margit Jung fest. „Allerdings merken die Erzieherinnen an, dass sich der damals notwendige Kompromiss einer leicht schlechteren Personalbemessung für ältere Kinder in der Praxis negativ auswirkt.“

Der Trägerkreis Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik, der das jetzt gültige Gesetz erarbeitet habe, sei durch das Verfassungsgericht an enge Finanzvorgaben gebunden gewesen. „Mit einer Erzieherin für 16 Kinder über drei Jahren weichen wir damit deutlich von den EU-Vorschlägen ab, nach denen lediglich sechs bis acht Kinder von einer Fachkraft betreut werden sollen“, so die familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Wir sollten auf Dauer versuchen, die frühkindliche Bildung auch in diesem Bereich deutlich voranzubringen.“

Kritisiert wurde auch, dass es in dem Gesetz keine gesonderte Förderung für Kinder mit Migrationshintergrund gebe. Prof. Dr. Ulrich Lakemann von der Fachhochschule Jena habe bei der Vorstellung der Studie darauf hingewiesen, dass der Ausländeranteil in Thüringen zwar insgesamt klein sei, dass aber dennoch eine gesonderte Förderung in einzelnen Einrichtungen von Nöten sei, wie beispielsweise in der Kita Regenbogen in Jena Lobeda West, wo Kinder aus 30 Nationen zusammen

seien. „Wenn die allgemeine Formulierung der Sprachförderung im Gesetz nicht ausreicht, muss auch hier nachgebessert werden“, forderte Margit Jung.

Frühkindliche Bildung sei so wichtig, dass sich weder Regierung noch Opposition mit dem Erreichten zufrieden geben dürften. „Wenn Kinder mit Behinderungen noch nicht in Regel-Kitas integriert werden können, weil diese noch nicht umgebaut sind oder entsprechend geschultes Personal fehlt, wenn in Städten Engpässe bestehen, wenn die Zeitressourcen für die Elternberatung nicht ausreichen, dann sind das alles Punkte, an denen drangeblieben werden muss“, sagte die Familienpolitikerin.

In der am 29. April in Erfurt vorgestellten Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wird insbesondere darauf verwiesen, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr die Zahl jüngerer Kinder in den Einrichtungen steigen ließ. Etwa die Hälfte der unter Dreijährigen besuche bereits einen Kindergarten oder eine Pflegemutter.

Das pädagogische Personal, von denen 96 Prozent eine entsprechende Fach- oder Hochschulausbildung hat, stieg von 2009 bis heute um rund 2100 auf knapp 12 500. Die Zahl der genehmigten Plätze stieg um mehr als 2000 auf rund 96 500, die Zahl der in den Kitas betreuten Kinder um mehr als 4000 auf rund 85 300. Das Land gebe an Betriebs- und Investitionsmitteln den Kitas in diesem Jahr 566 Millionen Euro, rund 240 Millionen Euro mehr als noch 2009.

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Digitaler Nachteil

Der rasante Wandel der Medienwelt scheint deutsche Gerichte nicht zu interessieren. Digitale Medien werden anders behandelt als ihre gedruckten Ahnen.

So muss ein Online-Redakteur fünf Tage in Beugehaft, weil er die Identität eines Foren-Nutzers nicht offenbaren will. Das hat das Landgericht Duisburg entschieden. Es argumentiert so: der Online-Redakteur kann sich nicht auf das Zeugnisverweigerungsrecht des Journalisten berufen, denn Beiträge in einem Internetportal, von den Nutzern selbst eingestellt, sind Leserbriefen in einer Tageszeitung nicht gleichzusetzen, da letztere redaktionell kontrolliert werden.

Ein anderer Fall: Die Beschlagnahme von Nutzer-Daten in der Redaktion der Augsburger Allgemeinen war rechtswidrig, hat das Landgericht Augsburg entschieden. Bei der Beschlagnahme musste die Redaktion die Daten eines Foren-Nutzers aushändigen, den der Ordnungsreferent der Stadt Augsburg wegen eines vermeintlich beleidigenden Kommentars angezeigt hatte. Das Amtsgericht gab daraufhin rechtswidrig einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss aus.

Also doch partielle Gleichbehandlung von Online- und Printmedien? Nein. Das Landgericht Augsburg geht davon aus, dass die Äußerungen des Foren-Nutzers „bei einer wertenden Gesamtbetrachtung“ nicht strafbar gewesen seien. Also Meinungsfreiheit.

Der Auffassung der Augsburger Allgemeinen, dass Foren-Nutzer als Informanten der Redaktion in den Schutzbereich der Pressefreiheit fallen, folgte das Landgericht aber nicht. Nutzerbeiträge seien nicht dem redaktionellen Bereich zuzuordnen, Foren-Nutzer keine Informanten eines Journalisten. Die Verantwortung für solche Beiträge liege allein beim jeweiligen Nutzer. Bei Landgerichten wird „Pressefreiheit“ womöglich wörtlich genommen.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

**Herausgeber:**  
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:**  
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.